

Gegen Blocher und den unsozialen Angriff von Arbeitgebern und Behörden Eine gemeinsame Antwort ist nötig

Asylgesetz, Ausländergesetz, Schengen-Dublin und "Personenfreizügigkeit" mit wirkungslosen flankierenden Massnahmen im Rahmen der Bilateralen I und II: das sind vier Pfeiler einer fremdenfeindlichen und unsozialen Migrationspolitik im Dienste der Arbeitgeber – die die Demontage des Arbeitsrechtes, die Spaltung der Lohnabhängigen und den Lohndruck heute konsequent vorantreiben.

Der Nationalrat hat die Fortsetzung der Debatten über die Revision des Asylgesetzes (AsylG) und über das neue Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) auf den nächsten Herbst vertagt. Zuvor hatte der Ständerat mit erdrückender Mehrheit beschlossen, die Schrauben bei der geplanten Revision des Asylgesetzes weiter anzuziehen. Er hat alle Vorschläge von Blocher zur weiteren Verschärfung des Asylgesetzes gutgeheissen – einschliesslich jener, die der Bundesrat abgelehnt hatte.

Je länger je mehr erleben wir die fortschreitende Liquidation eines Asylrechtes, das schon fast keines mehr ist. Das Recht, Zuflucht in einem Land der eigenen Wahl zu suchen, das die Grundlage des Asylrechtes ist, wird immer mehr in Frage gestellt. Die derzeitige Asylpolitik verfolgt zwei Zielsetzungen:

1) Die bereits angekommenen Asylsuchenden sollen ausgeschlossen werden (Nichteintretensentscheide, Zwangsmassnahmen, geschlossene Erfassungszentren, Warteräume usw.);

2) Die Menschen, die ihr Land verlassen, sollen "präventiv" auf Distanz zur "Festung Europa" gehalten werden (Auslagerung der Asylanträge: Bau von Lagern und von "Schutzgebieten" möglichst nahe bei Krisenregionen, um die Anträge vor Ort zu behandeln und um die Asylsuchenden vor Ort zu selektionieren). Das von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey (SP) vehement unterstützte und von den Schweizer Stimmberechtigten am 5. Juni angenommene Schengen-Dublin-Abkommen bildet das Gerüst für diese menschenverachtende Festung Europa.

- Die Verschärfung der Schweizer Gesetzgebung folgt den Mechanismen der Europäischen Union (EU). Die EU ist dabei, das Asylrecht zu begraben: Sie ist alles andere als seine Garantin. Mehrere Regierungen (GB, I, D, NL, usw.) zögern nicht mehr, die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 offen in Frage zu stellen. Man hält sie für "veraltet" und für "ungeeignet, um der Wirklichkeit der heutigen Migrationsströme gerecht zu werden".

Unter diesem steigenden Druck laviert nun auch das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) zwischen einer Öffnung gegenüber den geplanten

Auslagerungen und der Aufrechterhaltung eines Rechts auf Asyl. Einerseits zeigt sich das UNHCR besorgt über bestimmte Exzesse bei Blochers Vorschlägen, mit denen abgewiesene AsylbewerberInnen von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden sollen. Auf der anderen Seite sprechen sich alle "demokratischen Länder" für die Schaffung militarisierter Flüchtlingslager aus, die in Ländern wie Libyen errichtet werden sollen, die die Genfer Konvention nicht unterschrieben haben.

- Zwischen der Politik der Demontage des Asylrechtes, der Stigmatisierung der MigrantInnen (Fremdenhass, Rassismus) und den breiten sozialen Angriffen gegen die Lohnabhängigen in der Schweiz und in ganz Europa seit über einem Jahrzehnt, besteht ein innerer Zusammenhang. Die Arbeitgeber nutzen die prekäre Lage der MigrantInnen aus, um sie besser ausbeuten zu können, um sie auszulesen, um die soziale Verunsicherung zur Alltagsnorm zu erheben. Damit kann die Arbeiterschaft diese Präkarisierung und die Erpressung mit den Arbeitsplätzen konzentrisch auf die Gesamtheit der Lohnabhängigen ausdehnen.

Das Asylrecht wird wie die Sozialvorsorge auf dem Altar der Politik der leeren Kassen geopfert. Für die Unternehmerschaft ist das Asylrecht lediglich ein unnötiger Kostenfaktor, genauso wie ein Teil der Leistungen aus der Arbeitslosenkasse. Die Unternehmer wollen die Profite maximieren. Die Senkung der Sozialleistungen ist für sie somit eine zentrale Forderung. Die Verschlechterung der Lage wachsender Teile der Gesellschaft wird das Lohndumping weiter anheizen. Den 1000-Franken-Jobs, wie sie Monika Stocker (Grüne) fordert, entspricht der Ausschluss jener AsylbewerberInnen von der Sozialhilfe, die von einem Nichteintretens-Entscheid betroffen sind.

Jean-Daniel Gerber, ehemaliger Exekutivdirektor der Weltbank und ehemaliger Chef des Bundesamtes für Flüchtlinge (BfF), heute Bundesamt für Migration (BfM) und seinerzeitiger Initiator der Nichteintretensentscheide (NEE), verkörpert auf vollkommene Weise die organischen Verbindungen, die zwischen den Sozialangriffen und der Asyldemontage bestehen. Er ist heute Direktor des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) und hat als solcher vor kurzem die Privatisierung der Sozialvorsorge gefordert!

Die Solidarität mit den Flüchtlingen und den MigrantInnen erhält also eine neue Bedeutung: die Verteidigung des Asylrechtes und des Rechts auf Bewegungsfreiheit verbindet sich untrennbar mit der Verteidigung der Interessen aller Lohnabhängigen.

- Die "Personenfreizügigkeit", die in den Bilateralen Abkommen I und II zwischen der Schweiz und der EU einge-

führt wurde, fügt sich in diese unsoziale Arbeitgeberpolitik ein. Der Demontage und Aushöhlung der Gesamtarbeitsverträge (GAV) entspricht eine Logik der Segregation, Ausbeutung und Diskriminierung der immigrierten ArbeiterInnen. Das Entsende-Statut, die L-Bewilligung und die vom AuG vorgesehene Verallgemeinerung des Kurzaufenthaltes funktionieren als Hebel für einen brutalen Angriff auf die Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen, SchweizerInnen wie AusländerInnen (Flexibilisierung, Jahresarbeitszeit, Sonntagsarbeit, usw.).

Mit diesem neuen Modell des Wegwerf-Arbeiters, der Wegwerf-Arbeiterin erleben wir momentan einen weiteren Schritt bei der Umwandlung des Menschen in eine Ware. Wenn die Arbeitskraft zeitweilig überflüssig oder unbrauchbar wird, kann sie einfach weggeworfen (Arbeitslosigkeit), ausgestoßen (Kurz-Aufenthalt) oder entlassen werden. Es kann ihr der Zugang zu den elementarsten Sozialrechten verwehrt werden. Sie kann für illegal erklärt und als solche behandelt und unterdrückt werden (Papierlose, Asylsuchende).

- Keiner/m LohnempfängerIn nützt diese Situation! Weil der Kampf für die Bewegungsfreiheit der Menschen aufs engste mit dem Kampf für die Wahrung der Sozial- und Gewerkschaftsrechte verknüpft ist, müssen wir nicht nur das Ausländergesetz und die Revision des Asylgesetzes, sondern auch das Bilateralen-Paket, das am 25. September zur Abstimmung kommt ("Personenfreizügigkeit" mit wirkungslosen flankierenden Massnahmen), ablehnen!

In der Tat geht es am 25. September nicht darum, ob man für oder gegen die Personenfreizügigkeit ist – wir sind für dieses Grundrecht –, sondern ob man bereit ist, dafür einzustehen, dass sich das von Arbeitgeberseite betriebene Lohn- und Sozialdumping gegenüber allen arbeitenden Menschen in der Schweiz nicht weiter durchsetzen kann.

Ohne konkrete Rechte der Lohnabhängigen am Arbeitsplatz (Minimallöhne, Kündigungsschutz, starke GAV's, usw.) und ohne dass sie dank gewerkschaftlicher und ziviler Wachsamkeit gegenüber den Unternehmern auch umgesetzt werden, wird den fremdenfeindlichen Kräften, die auf Sündenböcke zeigen – wie es im Asylbereich bereits geschieht – Tür und Tor geöffnet.

NEIN zur Asylgesetz-Revision, NEIN zum Ausländergesetz, NEIN zu Lohn- und Sozialdumping am 25. September!

Für eine echte Personenfreizügigkeit mit sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Rechten für alle Menschen, unabhängig von ihrem Herkunftsort!

Face à Blocher et à l'offensive antisociale Une riposte unifiée est urgente

LAsi, LEtr Schengen-Dublin et «libre circulation des personnes» dans le cadre des Accords bilatéraux I & II: 4 piliers d'une politique migratoire xénophobe et utilitariste au service de la politique patronale de démantèlement du droit du travail, de division des salarié-e-s et de baisse des salaires.

Le Conseil National a reporté à l'automne la poursuite des débats sur la révision de la loi sur l'asile (LAsi) et sur la nouvelle loi sur les étrangers (LEtr). Auparavant, le Conseil des Etats, avait, dans son écrasante majorité, accepté de donner un tour de vis supplémentaire au projet de révision de la LAsi. Il a accepté toutes les mesures complémentaires de durcissement proposées par Blocher, y compris celles que le Conseil fédéral avait refusées.

Plus le temps passe, plus on assiste à la volonté de liquider un droit d'asile qui n'en est déjà presque plus un. Le droit à chercher refuge dans un *pays de son choix*, qui est le fondement du droit d'asile est plus que jamais menacé. La politique d'asile actuelle poursuit deux objectifs:

1) mettre à l'écart les requérants déjà arrivés (décisions de non-entrée en matière, mesures de contraintes, centres d'enregistrement fermés, zones d'attente, etc.)

2) tenir à distance de la forteresse européenne (créée à l'aide des accords de Schengen-Dublin) les candidats au départ (externalisation des demandes d'asile: construction de camps et de zones de «protection» au plus proche des régions en crise afin de traiter les demandes sur place et d'opérer un tri sélectif des candidats à l'asile)

- Le durcissement de la législation Suisse s'inscrit dans les mécanismes mis en place par l'Union européenne (UE). Loin d'être la garante du droit d'asile, l'UE est plutôt en train de l'enterrer. Plusieurs gouvernements (GB; I; D; NL; etc.) n'hésitent plus à carrément remettre en cause la Convention de Genève de 1951 sur les réfugiés. Cette dernière est stigmatisée comme «obsolète» et «inadaptée» à la réalité des «flux migratoires» actuels.

Sous la pression, même le Haut commissariat aux réfugiés (HCR), souffle le chaud et le froid, entre ouverture aux projets d'externalisation de l'asile et maintien du droit d'asile. D'un côté, on s'offusque des excès de certaines propositions comme celle de Blocher visant à exclure les requérants

déboutés de l'aide sociale. De l'autre côté, les «pays démocratiques» cautionnent par exemple la création de camps militarisés dans des pays comme la Libye, non signataire de la convention de Genève.

- La politique de démantèlement du droit d'asile et de stigmatisation des immigré-e-s (xénophobie, racisme) est liée aux attaques sociales plus larges qui frappent les salarié-e-s, en Suisse comme en Europe, depuis plus d'une décennie.

Les employeurs utilisent la fragilisation des migrant-e-s pour mieux les exploiter, pour les sélectionner, pour faire de la précarité une norme. Cela sert le patronat pour élargir, par cercles concentriques, cette précarisation ainsi que le chantage à l'emploi contre l'ensemble des salarié-e-s.

Pour exemple, le droit d'asile est sacrifié sur l'autel de la politique d'austérité budgétaire au même titre que les assurances sociales. Pour le patronat, l'asile représente un coût inutile, tout comme une partie des prestations chômage. La réduction des prestations sociales représente un enjeu de taille pour le patronat dans sa volonté de maximisation des taux de profits: la précarisation croissante de pans entiers de la société stimulera un dumping salarial accru. Aux projets de jobs à 1000 francs pour des personnes assistées à Zürich se juxtapose l'exclusion des demandeurs d'asile frappés d'une décision de non-entrée en matière (NEM) de l'aide sociale.

Jean-Daniel Gerber, ancien directeur exécutif de la Banque mondiale et ancien patron de l'ODR (aujourd'hui ODM), initiateur en son temps des «mesures NEM» incarne parfaitement les liens organiques existant entre les attaques sociales et le démantèlement de l'asile. Actuel directeur du Secrétariat à l'économie (Seco), il préconisait, il y a peu, la privatisation des assurances sociales!

La solidarité avec les réfugié-e-s et les migrant-e-s prend donc un visage particulier: la défense du droit d'asile et du droit de circuler librement est inséparable de la défense des intérêts de toutes et tous les salarié-e-s.

- La «libre circulation» entendue dans le cadre des accords bilatéraux I & II entre la Suisse et l'UE s'insère dans la politique utilitariste du patronat. Au démantèlement et à l'appauvrissement des conventions collectives de travail (CCT) correspond une logique ségrégationniste d'exploitation et

de discrimination des travailleurs et travailleuses immigrés.

Le statut de travailleurs détachés, les permis L et la généralisation des permis de courtes durées prévue par la LEtr fonctionnent comme levier en faveur d'attaques brutales menées contre les conditions de travail de tous les salariés, suisses comme immigrés (flexibilisation, annualisation, travail du dimanche, etc.).

Nous assistons actuellement à une marchandisation accrue de l'être humain à travers l'avènement d'un nouveau spécimen: le travailleur jetable! Lorsque la force de travail devient temporairement superflue ou est rendue inutilisable, il suffit de la jeter (chômage), de la licencier, de l'expulser (permis de courte durée) ou encore de lui refuser l'accès aux droits sociaux même les plus élémentaires, de la considérer comme illégale et la traiter comme telle en la préimant (sans papiers/requérants d'asile).

- Aucun salarié ne saurait profiter de cette situation! Parce que le combat pour la libre circulation des êtres humains est inséparable d'un combat simultané pour le respect des droits sociaux et syndicaux, il faut rejeter non seulement la LEtr et la révision de la LAsi mais également le paquet soumis à votation fédérale le 25 septembre prochain.

Il ne s'agira en effet pas de savoir le 25 septembre si l'on est pour ou contre la «libre circulation» des salarié-e-s –car nous sommes favorables à ce droit fondamental– mais si l'on entend défendre les droits de tous les salariés contre les politiques patronales de dumping salarial et de division des salarié-e-s.

Sans ces droits (salaires minimaux, protection contre les licenciements, CCT fortes,...) et leur application –grâce à la vigilance syndicale et citoyenne– une autoroute sera de plus ouverte à la droite xénophobe qui désignera des «boucs émissaires», comme sur le terrain du droit d'asile.

NON à la révision de la LAsi, NON à la LEtr et NON le 25 septembre prochain au dumping salarial auquel la porte est laissée grande ouverte par des mesures d'accompagnement sans efficacité. Pour une véritable libre circulation des personnes adossée à des droits sociaux et syndicaux renforcée pour tous les travailleurs/euses, indépendamment de leur origine et de leur qualification.